



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 506 / 2013

Kiel, Donnerstag, 21. November 2013

Finanzen / Zinssicherung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Dr. Heiner Garg: Für Spekulationen sind Steuergelder nicht da!

In seiner Rede zu TOP 25 und 32 (Anträge zur Zinssicherung) erklärt der finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank für Ihren Bericht. Sie haben soeben in Ihrer Rede den Absicherungscharakter Ihrer Zinssicherungsgeschäfte betont.

Diese Absicherung entfaltet ihre Wirkung ausschließlich, wenn die Zinssätze in den kommenden Jahren entsprechend ansteigen. Steigen sie aber nicht an, dann verfallen die von Ihnen getätigten Optionsgeschäfte und das Land muss durch den Eingang von Swapgeschäften mehr als zahlen als ohne. Der Jahresbericht des Aufgabenbereiches ‚Kredite, Finanzderivate und Schulden‘ – Umdruck 18/1774 – zeigt auf Seite 30 deutlich, sollte das Zinsniveau dauerhaft auf dem aktuell niedrigen verbleiben, dann werden uns die Zinssicherungen allein im Jahr 2019 über 100 Millionen Euro kosten! – Wenn Sie es mir nicht glauben, dann lesen Sie es bitte selbst nach.

Ich bin nicht grundsätzlich gegen diese Absicherungsgeschäfte. Sie werden seit 1992 betrieben und wurden bisher von jeder Landesregierung auch getätigt. Aber ich möchte Sie auf die Risiken und die Gefahren einer weiteren Ausweitung solcher Geschäfte in dem derzeitigen Umfeld hinweisen.

Frau Ministerin, in Ihrer Pressemitteilung zum Haushaltsentwurf 2014 vom 25. Juni dieses Jahres heißt es:

„Zur Risikovorsorge gehöre, dass die Landesregierung 2014 mit etwa 30 Mio. Euro einen Teil der Einsparungen durch das niedrige Zinsniveau reinvestieren wolle.“

Frau Heinold, was Sie jedoch verschweigen, ist, dass es sich hierbei nicht um Investitionen, sondern in diesem schwierigen konjunkturel-

len Umfeld schlicht und einfach um Spekulation handelt. Die Landesregierung hat über die Nachschiebeliste heimlich vorgesehen, bis 2019 über 600 Millionen Euro dafür aufzuwenden, weil sie vermutet, dass die Zinsen in absehbarer Zeit stark ansteigen werden. Ihr Zinsanstiegserwartungsszenario gründet auf Ihrer subjektiven Einschätzung.

Man kann diese Auffassung vertreten, aber dass sie tatsächlich eintritt, ist höchst ungewiss. Dass in einer Phase niedriger Zinsen automatisch eine Steigerung folgt, mag zwar unseren Vorstellungen und Erwartungen entsprechen, aber sicher ist sie keineswegs. In Japan beispielsweise verharren die Zinssätze seit mehr als 15 Jahren auf einem niedrigeren Niveau, als wir sie gegenwärtig im Euro-Raum haben.

Die Meinung, dass die Zinssätze dauerhaft niedrig bleiben, teilen beispielsweise auch renommierte Ökonomen, wie der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz. In einem Interview mit dem Handelsblatt erklärte er diesen Montag, dass *„es gut sein könnte, dass die Geldpolitik bis in die nächste Dekade hinein locker sein wird.“* Auf die Frage des Handelsblattes, ob er denn keine Inflation fürchte, antwortet Stiglitz:

„Nein, keineswegs. Von Inflation ist weit und breit nichts zu sehen.“

Eine Vielzahl der volkswirtschaftlichen Indikatoren deutet derzeit auf ein deflatorisches Umfeld hin, welches wiederum für dauerhaft niedrige Zinsen sprechen würde. Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag im Oktober 2013 bei nur 0,7 Prozent. Die Europäische Zentralbank hat erst in der vergangenen Woche den bereits niedrigen Zinssatz von 0,5 Prozent um 25 Basispunkte gesenkt. Zudem bestehen derzeit in Europa massive Überkapazitäten und eine extreme hohe Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote betrug im September im Euro-Raum 12,2 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit lag sogar bei 24,1 Prozent, wobei Griechenland und Spanien jeweils eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent ausgewiesen haben. All diese Indikatoren sprechen dafür, dass das Zinsniveau dauerhaft auf einem niedrigen Niveau verbleiben wird.

Zu diesem prekären Zeitpunkt, die Zinssicherungsgeschäfte über das bereits getätigte Niveau auszuweiten, birgt die Gefahr massiver Verluste. Wie Sie dem Steuerzahler diese Verluste erklären würden, während diese zugleich bei Hedge Fonds und Investmentbanken zu massiven Gewinnen führen würden, ist mir schleierhaft. Denn Hedge Fonds, Investmentbanken und andere Finanzintermediäre sind die Gegenpartei und somit die Profiteure dieser Optionsgeschäfte.

Jeder hier, aber insbesondere die Abgeordneten der regierungstragenden Fraktionen müssen sich fragen, ob wir den vorliegenden Haushaltsentwurf, so wie er ist, ernsthaft akzeptieren wollen. Wollen wir damit in Kauf nehmen, dass die 20 Millionen für Zinssicherungsgeschäfte unwiederbringlich verloren gehen? Oder sollten wir diese

Mittel für andere, sichtbare und nachhaltige Zwecke nutzen, und sei es zum Abbau der Staatsverschuldung?

Diejenigen, die jetzt vielleicht noch nicht überzeugt sind, bitte ich doch den entscheidenden Unterschied zu beachten. Zinsabsicherungsgeschäfte ergeben bei einer revolvingen Finanzierung weniger Sinn als bei einer abschließenden Finanzierung. Ein solches Zinsabsicherungsgeschäft kann bei der schwäbischen Hausfrau die ihre Hypothek absichern muss, Sinn ergeben, weil Sie grundsätzlich darauf hinarbeitet, ihre Schulden zu tilgen. Solange wir nicht soweit sind, verfängt das Argument der Landesregierung jedoch nicht.

Ich schlage Ihnen vor, den Antrag zur Beratung und Prüfung in den Finanzausschuss zu überweisen. Denn schließlich können wir es uns als Land nicht leisten, leichtfertig so viel Geld zu verzocken.“